

Erklärung Gisela Lindenthal

Das OVG Münster hat uns auf ganzer Linie recht gegeben und den Bebauungsplan RegioPort Weser Minden gekippt. Das ist ein guter Tag für alle betroffenen Bürger und Anlieger des Gebietes.

Der Neubau des Containerhafens bei Minden ist eine politisch motivierte Planung, für die es keinen wirklichen Bedarf gibt. Seit 10 Jahren erzählen uns kommunale Unternehmen, dass die Kapazitäten am bestehenden Hafen Minden erschöpft sind. Dabei werden die Umschlagszahlen vom und auf das Schiff bewusst verschwiegen. Diese stagnieren seit Jahren auf ganz niedrigem Niveau. Bürger und Entscheider werden in die Irre geführt. Aber natürlich ist die Infrastrukturmaßnahme wichtig für die Politik - der Flughafen Kassel-Calden lässt grüßen.

Auch ist der geplante Hafen nicht trimodal (Straßen-, Wasser-, Bahnanschluss). Zwar ist eine Bahnanbindung in die Planung eingezeichnet, aber heute schon ist absehbar, dass diese aufgrund der hohen Baukosten nie realisiert werden wird. Eine Fake-Planung.

Alle prognostizierten, zukünftigen Umsätze beruhen auf falschen Annahmen. Der moderne Schiffsverkehr geht nicht an Minden vorbei, er erreicht Minden einfach nicht. Die Weser ist für moderne, große Binnenschiffe nicht befahrbar. Ebenso der Elbeseitenkanal. Damit ist Minden aus Bremen und Hamburg mit großen Containerschiffen schlichtweg nicht erreichbar. Dieses haben die Prognosen aber vorausgesetzt.

Das in der Planung ebenfalls vorgesehene, riesige Gewerbegebiet ist eine unzulässige Verschwendung von Natur und Landschaft und für einen Hafen auch einfach nicht erforderlich. Das muss gestoppt werden.

Am 03.07.2017 soll nun der Spatenstich des Vorhabens erfolgen. Das Vertreter des Landes, der Kommunen und der Mindener Hafen GmbH (ein Unternehmen der Stadt Minden), also alles Vertreter von uns Bürgern einen Spatenstich vollziehen wollen und so gegen unsere gerichtlich bestätigten Rechte und Interessen verstoßen, kann ich nicht verstehen. Der heutige Gerichtsentscheid darf nicht so ignoriert werden.

Bund und Länder geben Fördermittel, also Steuergelder, in Millionen Höhe in das Vorhaben. Vor dem Hintergrund des heutigen Urteils sollten die begonnenen Baumaßnahmen gestoppt und die Fördermittelzusagen schnellstmöglich überprüft werden.

Ich kann ihnen versichern, dass wir natürlich auch weiterhin Widerstand leisten werden. Gegen jede erteilte Baugenehmigung im geplanten Hafen, aber auch im geplanten Gewerbegebiet, werden wir juristisch vorgehen.

Wir werden weiterhin sehr unbequeme Nachbarn des geplanten Gebietes sein.

Giesela Lindenthal
Hünenweg 14
31675 Bückeburg

Tel: +49 160 7569275